

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 31/44. Jg.

31. Juli 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3373). Für die Länder des Weltpostvereins 1.—Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8—9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Die Wirtschaftslage des deutschen Reiches

Die hochgespannten Erwartungen, die sich an das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgeschlagene Reparations-Feierjahr knüpften, haben sich leider nicht erfüllt. Die Wirtschaftskatastrophe, die wir gegenwärtig in Form einer nach Ausmaß und Tiefe ungeheuerlichen Kreditkrise erleben, hat selbst die schlimmsten Befürchtungen auch derer übertroffen, die in kühlerer Betrachtung der Wirtschaftslage wußten, daß bei einer Produktions- und Konsumschrumpfung von mehr als 15 Milliarden ein Schuldennachlaß in Höhe einer guten Milliarde nicht schon die Besserung der Wirtschaft bringen kann. Die Erschütterung des deutschen Kredits, gegenwärtig die wichtigste Tatsache der Wirtschaftsentwicklung der letzten Tage, vollzog sich mit unheimlicher Geschwindigkeit. In kurzer Zeit wurden 2½ Milliarden Auslandskredite gekündigt, deutsche, im Auslandsbesitz befindliche Wertpapiere rigoros abgestoßen, eine neue Welle der Kapitalflucht nach dem Ausland setzte ein, alles in allem, ein derartiger Blutentzug aus dem Körper der deutschen Volkswirtschaft, den selbst eine widerstandsfähigere Wirtschaft als die deutsche nicht ohne Erschütterungen hätte ertragen können. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die in den letzten Monaten durch Kapitalflucht und Kreditentzug entstandene Schwächung der deutschen Kreditdecke auf 3 bis 4 Milliarden. Verstärkt wurde das Mißtrauen des Auslandes in die Stabilität der deutschen Wirtschaftsverhältnisse durch den vorausgegangenen Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt und durch die Skandale bei Nordwolle und der Favag. Der Entzug der Devisen und die verstärkte Kapitalflucht haben die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten außerordentlich erschwert, da damals noch die an sich überhöhte 40prozentige Banknotendeckung nicht unterschreiten wollte, zum drastischen Mittel der Kreditrestriktionen griff. Als nun am 13. Juli die Danabank, von den übrigen Banken im Stich gelassen, ihre Schalter schließen mußte, brach eine Panik aus, die die Grundfesten des deutschen Kreditsystems erschüttern mußte. Ein „Run“ auf Banken und Sparkassen als Ausdruck des Mißtrauens zu den Banken erfolgte, dem diese nicht standhalten konnten. Durch Notverordnung wurde der Zahlungsverkehr, vor allem die Umwechslung von Bankguthaben in Banknoten, auf ein Mindestmaß beschränkt. Schwere Störungen der Wirtschaft wurden dadurch unvermeidlich. Die für Lohnzahlungen erforderlichen Banknoten konnten durch Unterschreitung der Deckungsgrenze in den Verkehr gebracht werden. Auch mußte der Kredit sehr verteuert werden, damit die Besitzer von Auslandsgeld diese in Reichsmark umzuwechseln genötigt sind. Der Diskontsatz wurde auf 10 Proz., der Lombardsatz sogar auf 15 Proz. erhöht.

Der Zusammenhang mit der Diskonterhöhung brachte eine künstliche Knappheit an

Markbeträgen, die im Augenblick zum Schutz der deutschen Währung erforderlich ist. In der Tat konnte sich der Devisenvorrat der Reichsbank in den letzten Tagen vergrößern, da viele, die Devisen gekauft oder Kapital im Ausland angelegt hatten, nunmehr gezwungen waren, ausländische Zahlungsmittel in Reichsmark umzutauschen, um ihren Lebens- oder Betriebsbedarf zu decken. Unter diesen Umständen ist die Angst vor einer kommenden Inflation zunächst jedenfalls völlig unbegründet. Die Verminderung des Notenumlaufs, bewirkt durch Devisenabfluß, Geldhamsterei, Kreditrestriktionen, wird nicht Geldentwertung, sondern Geldwertsteigerung bringen. Die Unternehmer, die künftig sich nicht mehr Geldmittel durch Einreichen von Wechseln bei der Reichsbank beschaffen können, werden gezwungen sein, ihre Warenvorräte um jeden Preis abzustößen, was notwendig von starken Preissenkungen begleitet sein wird. Auch die infolge der Neuausgabe von Banknoten erfolgte Unterschreitung der Golddeckung, die deutschen Reichsbankgesetz im Vergleich zu den anderen Notenbanken anormal hoch angesetzt war, braucht keine Inflation befürchten zu lassen. Der geringe gegenwärtige Notenumlauf — 4,29 Milliarden Ende Juni 1931 gegen 4,84 Milliarden R.M. Ende Juni 1929 — läßt die erfolgte Neuausgabe von Banknoten als ungefährlich, ja als wünschenswert erscheinen.

Die vorliegenden Zahlen, die über die Lage der einzelnen Produktionszweige berichten, beziehen sich noch auf die Wochen vor Ausbruch der Panik im Kreditwesen. Der Rückgang der Arbeitslosenziffern hat auch in den ersten Julitagen noch angehalten, wenn gleich entsprechend dem Abklingen der saisonmäßigen Wirtschaftsbelegung das Tempo im Rückgang der Arbeitslosigkeit stark nachgelassen hat und sicherlich bereits in aller nächster Zeit zum Stillstand kommen dürfte. Allein das Verharren der Beschäftigtenziffer für einen möglichst langen Zeitraum auf dem gegenwärtigen Stand und das Hinausschieben der herbstlichen Saisonverschlechterung auf möglichst lange Sicht würde unter den gegebenen Verhältnissen schon als positiver Gewinn zu verbuchen sein.

Die Produktionszahlen zeigen in den letzten Wochen im großen und ganzen einen unveränderten Stand. Die Ruhrkohlenförderung bewegt sich bereits seit Beginn des vorigen Monats auf einer Höhe von 270 000 Tonnen arbeitstäglich Förderung, ebenso hält sich der arbeitstäglich Produktionsumfang der Eisenindustrie, die in den letzten Wochen geringe Ansätze zur Besserung zeigte, bei rund 30 000 bis 34 000 Tonnen. Die Maschinenindustrie zeigte im Juni eine gewisse Belegung des Auslandsgeschäfts. Während der Auftragseingang des Inlandes unbefriedigend blieb, konnten sich die Aufträge des Auslandes gegenüber dem Vormonat verbessern. Natürlich bleibt der Produktionsumfang der deutschen Industrie noch

immer auf einem außerordentlich tiefen Stand. Nach einem Bericht der Reichskreditgesellschaft ist die industrielle Produktion um mehr als ein Drittel gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1929 gesunken, während die Investitionstätigkeit sogar auf ein Drittel bis auf die Hälfte ihres Umfangs der Jahre 1928/29 zurückging. Der industrielle Elektrizitätsverbrauch liegt um 20 Proz. unter dem Stand des Jahres 1929, Kohlenproduktion und Kohlenverbrauch sind geringer, als jeweils seit 1925, die Verkehrsleistungen der Reichsbahn liegen um rund 25 Proz. unter dem 1928 und 1929 erreichten Stand. Doch ist, wie das Institut für Konjunkturforschung berichtet (Wochenbericht vom 13. 7. 31), die industrielle Produktion seit 1928 stärker gesunken als der Verbrauch. Anfang 1931 waren bereits die Lagervorräte um etwa 10 Proz. niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, gegenwärtig dürften sie sich weiterhin verringert haben. Die gegenwärtige Gütererzeugung deckt nach dieser Schätzung kaum mehr als drei Viertel des laufenden Bedarfs, was eine allmähliche Vergrößerung der Warenerzeugung herbeiführen dürfte, so stark auch an sich der Verbrauch zurückgegangen sein mag.

Der Umfang der landwirtschaftlichen Produktion wird von den Konjunkturschwankungen kaum betroffen, sondern hängt in erster Linie von Witterungseinflüssen ab. Bisher ist denn auch der Umfang der landwirtschaftlichen Produktion trotz der Krise aufrecht erhalten worden. Die mehrfach erhöhten Zölle und die sonstigen staatlichen Eingriffe haben ein Absinken des inländischen Preisniveaus der Agrarprodukte weitgehend verhindert, ja sogar in letzter Zeit noch eine geringfügige Steigerung des Agrarindex zur Folge gehabt.

Der deutsche Außenhandel weist für Juni 1931 eine kleine Zunahme der Einfuhr von 600 auf 607 Millionen R.M. gegenüber dem Vormonat auf, die überwiegend auf eine Vergrößerung der Rohstoffeinfuhr entfällt, während die Fertigwareneinfuhr nur unbedeutend zugenommen hat. Die Ausfuhr ging dagegen von 783 auf 747 Millionen R.M. um 37 Millionen zurück, was allerdings weniger auf eine mengenmäßige Abnahme der Ausfuhr als auf ein weiteres Absinken des Weltpreinsniveaus um 3 Proz. zurückzuführen ist. Gemessen an dem saisonmäßigen Rückgang der Ausfuhr, wie er im vorigen Jahre bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt eintrat, hat sich die Ausfuhr bemerkenswert gut gehalten. Insgesamt ergibt sich für den Monat Juni ein Ausfuhrüberschuß von 140 Millionen R.M. für das erste Halbjahr 1931 mehr als eine Milliarde R.M.

Die gegenwärtige Kreditkrise wird als wichtige Begleiterscheinung eine starke Konzentration der Banken voraussichtlich erzwingen. Schon jetzt zeigen sich in der Gründung eines gegenseitigen Garantieverbandes die Ansätze eines nahen Zusammen schlusses der deutschen Großbanken.

Planmäßige Wirtschaftsführung das Gebot der Stunde!

Die Vorgänge der letzten Monate in Deutschland, Österreich und anderen Ländern lassen mit aller Schärfe die Brüchigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervortreten. Man kann von einem Bankrott der privaten Wirtschaftsführung reden. Es war Mode geworden über die öffentliche Wirtschaft die tollsten Verleumdungen in die Welt zu setzen. Jede Schwierigkeit einer gemeinnützigen Unternehmung wurde aufgebauscht, um zu zeigen, daß das sogenannte marxistische System gründlich versagt habe. Obwohl der Marxismus mit derlei Dingen gar nichts zu tun hat, wurde er für alles verantwortlich gemacht. Dies war nur möglich, weil die große Masse weder vom Marxismus noch von der Wirtschaft etwas versteht. Dagegen wurde das selbstverantwortliche Unternehmertum, die Mission der sogenannten Wirtschaftsführer in den Himmel gehoben und über den grünen Klee gelobt. Die Zusammenbrüche der letzten Zeit haben gezeigt, daß der Kapitalismus alles andere als eine wünschenswerte Wirtschaftsordnung darstellen kann. Wir befinden uns gegenwärtig auf dem Schnittpunkt einer geschichtlichen Epoche, wo unter Bersten und Krachen, unter Opfern und Verlusten der Hochkapitalismus in eine neue Wirtschaftsordnung überzugehen sich ansieht.

Von den Zusammenbrüchen sind vor allen Dingen die bei der Norddeutschen Wollkammerei und bei der Danabank bemerkenswert. Der Zusammenbruch der österreichischen Credit-Anstalt hat das Vertrauen zur mitteleuropäischen Wirtschaft sehr erschüttert. Die Kreditentziehungen von Deutschland nahmen zu. Doch glaubte man nicht, daß ein Institut wie die Darmstädter und Nationalbank von diesem allgemeinen Mißtrauen so erfaßt würde, daß es seine Schalter schließen mußte. Der Zusammenbruch der Danabank hat den Nimbus, der über die Großbanken im Volke verbreitet war, verwischt. Die Großbanken haben seit Jahrzehnten hindurch die erste Geige in der Wirtschaft gespielt. Das Volk ging an den protzigen Bankpalästen in der City der Großstädte ehrfurchtsvoll vorüber. In diesen Monumentalbauten, wo nach Sombart „die Genesis der modernen Volkswirtschaft herrscht, begegnen sich die höchsten Würdenträger des Staates auf den Korridoren, aber sie haben in diesen Räumen nichts zu befahlen, in denen Könige antichambrieren, um sich den Entscheid über Leben und Sterben zu holen.“ So war es einmal. Heute muß der Staat eingreifen, um derartige Institute vor dem vollständigen Verfall zu retten. In Österreich sowohl wie in Deutschland muß die Öffentlichkeit mit ihrem Vermögen die kapitalistische Pleite auszugleichen versuchen. Der Danabank ist die Schröder-Bank in Bremen gefolgt. Auch sie mußte die Schalter schließen, weil sie in Schwierigkeiten geraten war. Es mag als eine Tragik erscheinen, daß gerade diese beiden Bankinstitute zusammenbrechen, in denen noch so etwas wie ein verantwortlicher Unternehmergeist gewaltet hat. Die Zusammenbrüche dieser beiden Banken hängen sehr eng zusammen mit dem Bankrott des Nordwoll-Konzerns. Die Gebr. Lahusen sitzen jetzt hinter Schloß und Riegel. Ihre Schuld scheint als erwiesen zu gelten. Diesen großen Stürzen in der Privatwirtschaft waren eine Reihe anderer vorangegangen. Wir erwähnen nur den Zusammenbruch des Frankfurter Versicherungskonzerns, der Hugenbergschen Ostbank für Handel und Gewerbe, um nur einige herauszugreifen.

Wir wollen uns über die Einzelheiten der kapitalistischen Mißwirtschaft nicht weiter verbreiten. Es genügt festzustellen, daß Institute ins Wanken geraten sind, deren Geschäftsführung das größte Vertrauen genoß. Das Bürgertum steht vor einem Rätsel. Wir, die wir niemals an die Gottähnlichkeit der großen Wirtschaftsführer geglaubt haben, sehen in diesen Dingen nichts außergewöhnliches. Es obliegt uns aber daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen. Eine Erscheinung gilt es zu beachten: Die staatliche Gewalt im Wirtschaftsleben tritt immer stärker in den Vordergrund. Wo ein Industrieunternehmen oder ein Bankhaus zu krachen beginnt, ruft man den Vater Staat. Die Allgemeinheit soll da helfend eingreifen, wo die Kunst der Privatwirtschaft versagt. Man nennt dies eine Sozialisierung der Pleite oder des Defizits. Die Herren Wirtschaftsführer scheinen zu glauben, daß der Privatunternehmer den Rahm von den Wirtschaftsergebnissen abschöpfen soll und bei Pleiten die Allgemeinheit einzuspringen hat. Für eine solche Rolle muß sich der Staat bedanken.

Die Gewerkschaften haben auf diese Dinge schon früher hingewiesen und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Sie sind der Meinung, daß die kapitalistische Wirtschaft einer Korrektur bedarf. Es müssen Institutionen der Wirtschaftskontrolle und der Wirtschaftslenkung in das Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft eingebaut werden. Der Genosse Naphtali hat als Kenner dieses Stoffes kürzlich folgende Forderungen aufgestellt: Gründliche Reform des Aktienrechts, Verwirklichung einer Aktiengesetz-

reform, die geeignet ist, die Mißstände im deutschen Aktienwesen zu beseitigen. Damit muß eine Verschärfung der Verantwortlichkeit und der Regreppflichten von Vorstand und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften verbunden sein. Die Reform des Aktienrechts soll weiter die Einführung der Pflichtrevision durch öffentliche Stellen gewährleisten. Ferner müssen die Publizitätsvorschriften bei den Aktiengesellschaften verschärft werden. Sie sind zu ergänzen durch die Verpflichtung der vollen Veröffentlichung aller Bezüge von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, die hohen Gehälter in der Privatwirtschaft kennenzulernen. Zur Durchführung alles dessen ist eine Reichsinstanz notwendig, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist.

Weil gerade in der Großwirtschaft sich Mißstände erheblicher Art gezeigt haben, ist eine Kontrolle der Kartelle, Trusts und anderer monopolistischer Bindungen dringend vonnöten. Diese wurden bereits seit Jahren von den Gewerkschaften gefordert. Im Dezember 1930 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der nur verwirklicht zu werden braucht, um der Regierung die notwendige Handhabe zum Eingreifen in die Privatwirtschaft zu geben.

Die großen Institute, die das Finanzkapital kommandieren, haben sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Die eigentlichen Risikoträger der Großbanken sind nicht die Aktionäre oder die Geschäftsinhaber, sondern das Reich bzw. die Steuerzahler. Es ist nicht erwiesen, daß sich die Vorfälle bei der Danabank oder bei der Schröder-Bank nicht wiederholen. Um derartige Manipulationen im Keime zu ersticken, muß eine Bankenaufsicht und eine Überwachung der Kapitallenkung als dringendes Gebot der Stunde angesehen werden. Genau so wie die Privatversicherung durch ein Reichsaufsichtsamt überwacht wird, muß dies auch bei den Banken geschehen. Diese müssen in ihrer Geschäftsführung einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. In Verbindung mit der Reichsbank ist ein Apparat zu schaffen, der die Lenkung des Kapitalstromes überwacht und seinen Lauf nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt. Wird ein solches Aufsichtsamt geschaffen, dann ist die Allgemeinheit nicht nur dazu berufen für Pleiten einzustehen, sondern es können Schäden in der Fehlleitung des Kapitals von vornherein vermieden werden. Hätte etwas ähnliches schon seit 1924 bestanden, dann wäre die große Fehlrationalisierung und in ihrem Verlauf die Zusammenbrüche wahrscheinlich vermieden worden.

Lohnabbau und Preisabbau

Ein Kapitel bürgerlicher Krisenpolitik

Wirtschaftskrisen bringen immer einen Reichtums- und Einkommensverlust großen Umfangs mit sich, und solche Verluste haben immer Abwärtungskämpfe zur Folge. Immer entbrennt der Kampf um die Frage, wie die Verluste auf die einzelnen Volksschichten verteilt werden. In der gegenwärtigen Krise hat der Angriff der Unternehmer auf das Lohnniveau und die Lebenshaltung der Massen, wie in jeder vorhergegangenen Krise, frühzeitig eingesetzt; zuerst mit Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit, seit dem Herbst vorigen Jahres mit einem umfangreichen Abbau der tariflichen und übertariflichen Löhne. Wir können heute die „kombinierte Preissenkungs- und Lohnabbauaktion“, die nach dem Versprechen der Regierung eine Verringerung der Reallohn nicht bringen sollte, in ihren bisherigen Resultaten übersehen und uns ein Urteil über die Grundzüge der Krisenabwehr bilden, die man unter dem Druck der Unternehmerkreise und unter dem Druck des reaktionären Reichstages vom September 1930 getrieben hat.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald schätzte in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“ den Lohnausfall von 1931 gegenüber dem Jahre 1929 auf 7,5 Milliarden Mark. Er geht davon aus, daß 1929 ein Prozent Beitrag zur Arbeitslosenversicherung 288 Millionen Mark Jahreseinnahme gebracht hat, während ein Prozent Beitrag für 1931 nur mit 212,5 Millionen Mark veranschlagt wird. Der Ausfall von etwa 7,5 Milliarden verteilt sich nach der Meinung Stegerwalds auf die Arbeitslosigkeit zu 3,5 Milliarden, auf Kurzarbeit 1 Milliarde und auf die Lohnkürzung 3 Milliarden (d. i. eine Einkommensminderung aus Lohnabbau von 10 Prozent seit 1929). Der Reichsfinanzminister Dietrich nannte in seiner Rede zur Begründung der neuen Notverordnung die gleichen Zahlen.

Das Institut für Konjunkturforschung teilt in seinem Bericht für die letzte Malwoche mit, daß im ersten Vierteljahr 1931 schätzungsweise ein Einkommensausfall aus Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Höhe von 1,2 Milliarden und aus der Senkung der Tariflöhne (in den wichtigsten Industrien bis 1. April 1931 5-7 Prozent) und der Gehälter (um 6 Prozent) in der Höhe von 1,5 Milliarden gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres betragen habe. Berechnet man diese Summen auf

das ganze Jahr und berücksichtigt man die neue Belastung durch die Notverordnung, so kommt man zu wesentlich höheren Summen, als die vom Reichsarbeitsminister genannten.

Die genannten Zahlen zeigen, daß die Lohnsenkungsaktion in einem Maße gelungen ist, daß selbst einsichtige bürgerliche und wissenschaftliche Kreise vor den Zahlen erschrecken.

Die Preissenkungsaktion dagegen ist in den Anfängen stecken geblieben. Der Lebenshaltungsindex ist in der gleichen Zeit, für die das Institut für Konjunkturforschung die oben genannten Rückgänge in den Einkommen berechnet hatte, von 151,6 im Januar bzw. 150,3 im März 1930, auf 140,4 im Januar und 137,7 im März 1931, d. i. durchschnittlich um 7,5 Prozent gefallen. Schon rein rechnerisch ist demnach das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger stärker gefallen, als die Lebenshaltungskosten. Wesentlich trüber noch ist das Bild, wenn man sich nicht das rein rechnerische, sondern das im praktischen Leben vorhandene Verhältnis ansieht. Die stärksten Kostensenkungen fallen in die Gruppen der Bekleidung, der Geräte und der Kolonialwaren. Was nützt es aber dem Arbeiter, wenn die Preise für Schuhe, Textilien und ähnlichen Waren fallen, wenn gleichzeitig sein Einkommen so stark fällt, daß er Anschaffungen in dieser Richtung zurückstellen und sein Einkommen zum Ankauf der im Preis gleichgebliebenen Lebensmittel verwenden muß.

Diese Angaben zeigen, in welchem Maße bei der Lohn- und Preisabbauaktion das Schwergewicht auf dem Lohnabbau gelegen hat. Sie zeigen die Größe des Schlags, den die Arbeiterschaft erlitten hat und sind ein dringlicher Beweis dafür, wie sehr unsere heutigen Löhne politische Löhne geworden sind. Dieser Abbau wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht zugleich die demokratische Staatsform mit zur Debatte gestanden hätte, wenn nicht der von den Unternehmern georgozogene Faschismus mit seiner Drohung, alle Rechte der Arbeiter zu zerstören, im Hintergrund gestanden hätte. Die Angaben zeigen aber auch, daß im Unternehmerlager wieder einmal der Gedanke der rücksichtslosen Ausnutzung der Macht den Sieg über jegliche Klugheit in der Politik der Krisenbekämpfung davongetragen hat.

Denn so, wie man es in Deutschland heute macht, überwindet man die Krise nicht. Die Krise ist aus einem Mißverhältnis zwischen der Produktion und den Absatzmöglichkeiten entstanden, das sich im Laufe der letzten Jahre ausgebildet hatte. Nebenursachen, die verschärfend hinzutreten, ändern diesen Grundtatbestand nicht. In der Zeit der Auslandsanleihen und einer starken inländischen Kapitalbildung, 1926, 1927 und 1928, in den Jahren der steigenden Preise und des steigenden Absatzes hatte man, alle vernünftigerweise zu erwartenden Absatzsteigerungen überschätzend rationalisiert und die Anlagen ausgedehnt, und 1929 stand man mit überfüllten Lagern und viel zu großen Anlagen vor einem langsam aber stetig zurückgehenden Absatz. Die im Herbst 1929 hereinbrechende Weltwirtschaftskrise beschleunigte das Tempo der Absatzminderung. Sofort einsetzende Bestrebungen zum Lohnabbau scheiterten zunächst am Widerstand der unter sozialdemokratischer Führung stehenden Reichsregierung. Erst seit der politischen Niederlage der Arbeiterschaft am 14. September 1930 hatten die Lohnabbaubestrebungen Erfolg. Die Lohnsenkungen, deren ungeheures Ausmaß wir nunmehr überschauen, bedeuten zugleich Kaufkraftverschiebungen zuungunsten der Massen, dadurch Produktionsrückgang und neue Arbeitslosigkeit und im Gefolge wirkliche Kaufkraftminderung. So bereitet jede Lohnkürzung und jede Arbeiterentlassung neue Arbeitslosigkeit vor. Auf diesem Wege gibt es keinen Ausweg aus der Krise. Solange die Nachfrage nach Waren immer wieder unter das Angebot von Waren heruntergedrückt wird, können sich die Läger nicht leeren und kann keine neue Anregung für die Neubelebung der Produktion entstehen. Und je tiefer das Niveau ist, auf das die Kaufkraft der Bevölkerung herabgedrückt wird, umso weniger können die so großartig ausgebauten Produktionsstätten voll beschäftigt werden und umso größer werden die Verluste sein, die die notwendig werdende Sanierung der Unternehmungen den Aktionären bzw. den Besitzern bringt.

Diese Gedankengänge sind klar und deutlich, sie sind in der Theorie auch von der Wissenschaft und z. T. auch von den Unternehmern anerkannt; sie sind von der Gewerkschaftspresse tausendmal wiederholt worden. Aber im Machtrausch vergißt man alle volkswirtschaftliche Erkenntnis und fordert das und setzt es durch, was ein alter Unternehmerinstinkt gebietet. Volkswirtschaftliche Erkenntnisse sind nur dann gut, wenn sie sich eignen, Arbeitern in Lohnverhandlungen entgegengehalten zu werden.

Die Unternehmerargumentation erwartete vom Lohnabbau eine Verstärkung der Kapitalbildung und eine Senkung des Zinsfußes. Wenn wir uns die Wirtschaftsnachrichten ansehen, finden wir, daß diese Folge nicht nur nicht eingetreten, sondern daß das Gegenteil der Fall ist. Die Einlagen

bei den deutschen Großbanken, die am Anfang des Jahres 1930 12 Milliarden betragen, sind bis zum Anfang des Jahres 1931 auf 10,6 Milliarden gefallen und seitdem nicht wesentlich gestiegen. Weder der Zinsfuß für Monatsgeld, noch der für langfristiges Kapital hat gegenüber dem Anfang des Jahres 1930 eine wesentliche Ermäßigung erfahren. Man hat den Eindruck, als ob die Lohnsenkung keinen anderen Erfolg gehabt hat, als die weitere Finanzierung der Kapitalflucht und die Verringerung der Kapitalbildung, die nicht fliehen kann, nämlich der Sparsamkeit bei den Sparkassen. Hier ist der Einlagenzuwachs beträchtlich zurückgegangen. Der Erfolg ist der, daß einer der wenigen Zweige, in denen eine weitere Kapitalanlage noch verantwortet werden kann, nämlich der Wohnungsbau, stärker eingeschränkt werden muß, als es sonst notwendig wäre.

Das sind die Züge einer Krisenpolitik, die wir in den vergangenen Monaten getrieben haben, und deren sich ein Volk, das auf seine ökonomische Wissenschaft stolz ist, schämen muß. Die Hoffnung auf eine baldige Überwindung der Krise wird dadurch beträchtlich in die Ferne gerückt, und es gewinnt der furchtbare Gedanke, daß der Winter 1931/32 dem vergangenen an Arbeitslosenleid nicht viel nachstehen wird, an Wahrscheinlichkeit.

K. Schäfer.

Der Kulturkampf der Gewerkschaften

Die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft werden erst spätere Geschlechter voll zu würdigen wissen. Die heutige Zeit mit ihren schweren wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen läßt nicht Muße, nachdenkliche Betrachtungen über den Werdegang einer Bewegung anzustellen, die sich die Verbesserung der Lebenslage der breiten Schichten des Volkes zur Aufgabe gemacht hat. Der Tageskampf, der um Arbeitsbeschaffung, um Lohn und Brot für Millionen, die Not leiden, geführt wird, erschöpft die Kräfte, die sich mutig dem sozialen Rückschritt entgegenstemmen. Zu stark wird das Denken beherrscht von den täglichen Ereignissen, zu sehr lastet auf jedem einzelnen die Bürde des Existenzkampfes. Die Sicherheit ist uns genommen, wir schwanken und wanken, weil die Zukunft zu wenig verspricht.

Aber es wäre verkehrt, die Hände in den Schoß zu legen oder sich resignierend zurückzuziehen, weil das tägliche Ringen keine sichtbaren Erfolge zeitigt. Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung lehrt uns, daß Hemmungen und Rückschläge oft den Aufstieg hinderten und Krisenzeiten stets zu Auseinandersetzungen über die einzuschlagende Taktik geführt haben. Naturgemäß walteten in solchen Zeiten die Gefühlsbewegungen über die kühl abwägende Vernunft, und es ist wohl keiner unter uns, dessen ganzer innerer Stolz sich nicht gegen die der Arbeiterschaft zugemuteten Verschlechterungen ihrer Lebenslage aufbäumt. Wir wollen nicht wieder zurück in die Zeit der rücksichtslosen Ausbeutung, auch wir wollen teilhaben an den Lebensgütern, von denen uns eine bisher bevorzugte kleine Schicht verdrängt hat. Die Erde ist für alle da, und jeder hat ein Recht, auf ihr zu leben. Wenn vor kurzem ein Hochschulprofessor öffentlich die Auffassung verfochten hat, der Arbeiter brauche nicht mehr zum Leben wie der Neandertalmensch, also Wurzeln, Beeren und Kräuter, so steigt uns darüber heiliger Zorn und Wut auf.

Die gegenwärtige Zeit konzentriert die Kräfte der Gewerkschaftsbewegung auf die Abwehr der Angriffe gegen ihre Position. Es wird manches dabei aufgegeben werden müssen, was mühselig in jahrelangem Ringen erreicht wurde. Jedem Mitkämpfer unserer Bewegung wird das schmerzlich berühren, er wird es bitter empfinden, wenn er sich um irgendeinen erreichten Erfolg gebracht sieht. Es bedrückt ihn um so stärker, weil er weiß, wie schwer es ist, eine aufgegebene Position wieder zurückzuerobieren. Trotzdem muß durchgehalten werden. Das Unternehmertum, das sich stark fühlt, nützt die günstige Chance rücksichtslos aus, die Massenarbeitslosigkeit, die die Arbeiterschaft zermürbt und der Verzweiflung in die Arme treibt, bietet ihnen eine willkommenen Gelegenheit.

Wir aber wollen nicht vergessen, daß die Gewerkschaftsbewegung neben dem täglichen Kampf um die Erhaltung des Lohnniveaus auch noch andere Aufgaben gestellt hat, für die sie kämpft und ringt. Sie will das Kulturniveau heben und der Arbeiterschaft einen Anteil daran sichern. Höher hinauf, heraus aus der dumpfen und stumpfen Fron des Alltags, menschenwürdiger soll die gesamte Arbeiterschaft leben. Den Kindern eine bessere Erziehung, der Frau ein schöneres Heim und dem Manne weniger Sorgen um das Auskommen. Es ist kein geringerer als Karl Legien, der der Gewerkschaftsbewegung diese geschichtliche Mission zugewiesen hat. 1892 schrieb er im „Sozialistischen Zentralblatt“:

„Gleich den Pionieren haben die Gewerkschaften den Boden zu eben für eine höhere geistige Auffassung und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Arbeiterklasse vor Verelendung und Versumpfung zu bewahren um so die Massen der Arbeiter zu befähigen, die geschichtliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstand zufällt, lösen zu können.“

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind gleichsam als eine Schule der Arbeiter zu betrachten, und jede Stärkung der Organisation muß die erzieherische Wirksamkeit erhöhen. Der Lohnkampf aber erzeugt und stärkt die Eigenschaften, welche dem Arbeiter eigen sein müssen, um ihn zu befähigen, eine Umgestaltung des heutigen Produktionsprozesses herbeiführen zu können. So werden die Gewerkschaftsorganisationen, die anscheinend nur zu dem Zwecke gebildet worden sind, um dem Arbeiter bessere Existenzbedingungen zu schaffen, gleichzeitig zu einer Schule und Bildungsstätte des Proletariats.“

Erfolgversprechende Anfänge haben sich in dieser Richtung von 1927 bis 1930 gezeigt. Unter dem Druck der Gewerkschaften wurden die Löhne erhöht, und wenn auch in den Wintermonaten eine starke Arbeitslosigkeit vorhanden war, so ließ das Frühjahr aber wieder berechtigte Hoffnungen auf eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes aufkommen. Die von den Gewerkschaften vertretene Kaufkrafttheorie hat sich bewährt, unter ihrer Einwirkung belebte sich die Konjunktur, der Inlandmarkt war verhältnismäßig aufnahmefähig. Viele Arbeiter haben leider in nörgelnder Kritik die Zeit nicht zu nutzen verstanden.

Jetzt ist alles anders geworden. Die Wahlen vom 14. September 1930 haben Deutschland eine wirtschaftliche Katastrophe gebracht, die Arbeitslosigkeit ist sprunghaft angestiegen, der Lohnabbau rücksichtslos erpreßt. Verzweifeln wir nicht, sondern denken wir daran, daß die Gewerkschaftsbewegung neben der Magenfrage auch noch andere Fragen zu lösen hat. Auf arbeitsrechtlichem Gebiete, allgemeine Wirtschaftsfragen, Bildungs- und Kulturfragen aller Art, das weite Gebiet der Jugendpflege und der Berufspflege, die Verteidigung der sozialen Versicherungseinrichtungen usw. erfordern des Aufbaus und ihres Schutzes. Dadurch sind die Gewerkschaften zu einer Kulturbewegung geworden, daß sie bewußt ihren Kampf um die Hebung des gesamten Kulturlevels der Arbeiterschaft führen. Sie sind, wie Legien sagt, eine Schule und Bildungsstätte für die Arbeiterschaft. An uns ist es, jetzt mehr denn je diese große Kulturarbeit der Gewerkschaften zu betonen und die Zweifler aufzurichten, daß sie wieder Mut fassen.

Ernst Neumann.

Zum Verbandstage Unser Auskunftssystem

Wie überaus wichtig unser Auskunftssystem ist und zur Gestaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gar nicht scharf genug durchgeführt werden kann, wird leider von vielen unserer Kollegen noch gar nicht erkannt. Unsere Unternehmer wissen viel besser die Bedeutung dieser unserer so wichtigen gewerkschaftlichen Einrichtung abzuschätzen, denn in den meisten Fällen suchen sie jetzt die Auskunftseinholung des arbeitssuchenden Gehilfen durch Telegramm- oder Eilbriefengagement zu hintertreiben. Oder — falls ihnen einmal durch Unvorsichtigkeit oder Vertrauensseligkeit eines noch unerfahrenen jungen Gehilfen — eine solche Auskunftskarte in die Hände fällt wo sein Eldorado nicht gerade als rosig angepriesen wird, wird er sofort den Auskunftserteiler vor den Kadi ziehen. Daß sie selbst von diesem System den ausgiebigsten Gebrauch machen und dabei ganz gesetzwidrig vorgehen, ist ja jüngstens wieder durch die Veröffentlichungen in der „Gr. Pr.“ bekannt geworden.

Um nun unsere jetzigen Lohnverhältnisse zu halten oder evtl. zu verbessern, ist es unbedingt notwendig, daß auch wir künftig unser Auskunftssystem strenger und gründlicher durchführen. Es wäre sehr angebracht, wenn hierzu der kommende Verbandstag mit Stellung nimmt, damit diese so wichtige Waffe in unserem Gewerkschaftsleben auch zweckmäßig und scharf geführt wird. Eine bloße Auskunft über die Arbeitszeit und mit welchem Lohn die Stelle besetzt war, ist ganz unzureichend und wird solche Auskunftseinholung von den meisten Anfragenden nur noch als Formsache gehalten. Damit aber die Sache auch von den Anfragenden ernster aufgefaßt wird und die Auskunft ihren gedachten Zweck richtig verfolgt, muß künftig eine kurze aber klare Auskunft gegeben werden, die auch betriebliche Mißstände schildert oder sonstige in dem betreffenden Betriebe unliebsame Vorkommnisse bekannt gibt, vor solchen der zureichende Kollege evtl. gewarnt werden soll und somit vor manchem Schaden (Verlust seiner alten besseren Stellung, Reise- oder Umzugskosten usw.) bewahrt wird. Natürlich darf solche Auskunft dann nicht mehr an den anfragenden Kollegen selbst geschieden werden, sondern die Auskunft muß künftig nur noch an den Vorsitzenden bzw. Auskunftserteiler

der der betreffenden Mitgliedschaft gerichtet werden, der der anfragende Kollege angehört. Dieser verantwortliche Funktionär der Ortsverwaltung gibt dann den betreffenden Kollegen, welcher die Anfragekarte abgeschickt hat, mündlichen Bescheid und die evtl. Abreise eine Bescheinigung, daß er sich ordnungsgemäß abgemeldet hat, womit die vorherige Auskunftserteilung gemeint ist. Mit diesem System wird auch dem auskunfterteilenden Funktionär viel Arbeit erspart, denn bekanntlich liegen doch die Verhältnisse jetzt so, daß, wenn irgendwo eine freie Stelle gemeldet wird, sich von ein und demselben Ort oftmals mehrere Kollegen bewerben. Alle interessierten Kollegen schreiben aber auch mit dem Bewerbungsschreiben zugleich eine Anfragekarte an den betreffenden Vorsitzenden, und so kommt es vor, daß dieser dann bis fünf, sechs oder noch mehr Antwortkarten in ein und denselben Ort schreiben muß. Wenn aber nur an den Ortsvorsitzenden geschrieben werden braucht, von wo die anfragenden Kollegen sich dann den entsprechenden Bescheid holen müssen, so wird damit viel Arbeit, Porto, Schreibmaterial und Verzögerung durch unleserliche Absender erspart und die Auskunftserteilung erfüllt somit voll und ganz ihren Zweck. Die Berichte, die ganz notwendig ausführlicher gehalten werden müssen, können nicht mehr so leicht in unberufene Hände gelangen und der anfragende Kollege erhält am Ort von seinem vertrauten Funktionär eine Auskunft, die ihn befriedigen wird und ihn selbst sowie den Verband vor manchem finanziellen Schaden bewahrt. nhb.

Hat die Belegschaft die Folgen des Arbeitsausfalls zu tragen, der durch Verschulden eines einzelnen Arbeiters entstanden ist?

Das Reichsarbeitsgericht hat folgende allgemeine Rechtsgrundsätze über die Tragung der Betriebsgefahr in ihrer bisherigen Rechtsprechungstätigkeit aufgestellt:

Danach hat einerseits der Arbeitgeber, andererseits die Gesamtheit der Arbeitnehmer für alles einzustehen, was in den Kreis der von der anderen Seite zu vertretenden Gefahr fällt, und es ist in letzterer Linie unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des einzelnen Falles zu entscheiden, ob nach Treu und Glauben eine bestimmte Gefahr von dem einen der beiden Teile, und von welchem, oder ob sie von beiden Teilen gemeinsam zu tragen ist.

Aus der Verbundenheit der Arbeitnehmer untereinander ergibt sich, daß die Gefahr solcher Ereignisse, die auf dem Verhalten der Arbeitnehmerschaft beruhen, von den Arbeitnehmern getragen werden muß, auch soweit diese nicht an ihnen beteiligt sind.

Der letztere Grundsatz wurde in der Entscheidung des RAG. 160/30 vom 24. Sept. 30 — „Das Arbeitsgericht“, 36. Jg. Nr. 4 S. 148 — genauer noch einmal definiert.

Dem Streiflicht lag folgender Tatbestand zugrunde: Die Arbeiterschaft hat zwei Tage fernern müssen, weil die Antriebsmaschine durch Fahrlässigkeit des Maschinenführers beschädigt war. Die Kläger forderten für beide Tage Lohn.

Das Arbeitsgericht hatte die Klage abgewiesen, das LAG. die Beklagte antragsgemäß verurteilt. Die Revision der Beklagten wurde zurückgewiesen.

Das Arbeitsgericht war der Auffassung, daß im vorliegenden Falle gemäß der Grundätze des RAG. das Betriebsrisiko von den Arbeitnehmern getragen werden müsse.

Das LAG. vertrat dagegen den Standpunkt, daß der Grundsatz, daß die Gefahr solcher Ereignisse, die auf dem Verhalten der Arbeitnehmerschaft beruhen, von den Arbeitnehmern getragen werden muß, auch soweit diese nicht an ihnen beteiligt sind, nicht so zu verstehen sei, daß jedes Verschulden eines einzelnen Arbeiters ausreiche um den Schaden des dadurch verursachten Arbeitsausfalls der gesamten Arbeiterschaft aufzubürden. Das sei nur zulässig bei einem irgendwie organisierten Verhalten der Arbeitnehmerschaft oder eines Teiles von ihr, d. h. wenn ein Zusammenwirken mit der Belegschaft oder einem Teil von ihr vorliege, so daß in dem Verschulden des schuldigen Arbeiters ein gemeinsamer Wille in Erscheinung trete.

Das RAG. trat diesem Standpunkt bei. In der Entscheidung des RAG. wird ausgesprochen:

Die Bedeutung des Kollektivgedankens, in Fällen wie den vorliegenden, ist nicht dahin zu verstehen, daß sämtliche Arbeitnehmer des Betriebes zu einer Gemeinschaft derart verbunden seien, daß die einzelnen schlechthin für einander einzustehen hätten. Von einer Verbundenheit der Arbeitnehmer eines Betriebes untereinander, daß alle Arbeiter eines Betriebes die Gefahr jeglichen betrieblichen Tuns und Unterlassens eines jeden einzelnen von ihnen oder auch nur jeden schuldhaften Verhaltens eines einzelnen zu tragen hätten, kann nicht die Rede sein. Nach dem erwäh-

ten Grundsatz soll den Arbeitnehmern lediglich die Gefahr solcher Ereignisse aufgebürdet werden, die von der Arbeitnehmerschaft als einen organischen Ganzen herbeigeführt sind, oder von einem Teil der Arbeitnehmerschaft, wenn dieser Teil dabei in einem organischen Zusammenhang mit der Arbeitnehmerschaft beteiligt ist.

In der Entscheidung heißt es dann wörtlich:

„Diese Voraussetzung liegt nicht vor, wenn hier, ein Maschinist ein Versehen bei der Bedienung seiner Maschine begeht. Wie es Vertragspflicht des Unternehmers ist, die für die Tätigkeit der Belegschaft erforderlichen Maschinen in brauchbarem Zustand und sachgemäßen Gang zur Verfügung zu stellen und dazu namentlich auch für ordnungsmäßige Bedienung der Antriebsmaschine zu sorgen, so trifft auch die Gefahr sowohl der ordnungsmäßigen Beschaffenheit der Maschine als auch ihrer Bedienung in erster Linie den Arbeitgeber, mindestens für Fälle, wo, wie hier das Versagen von Maschine oder Bedienung nicht den Bestand des Betriebes vernichtet oder den Betrieb für längere Zeit lahmlegt, sondern nur eine kurze Betriebsstörung zur Folge hat, wie sie in jedem Betrieb einmal vorkommt, und wenn auch nicht vom Arbeitgeber vermieden oder durch Bereitstellung von Hilfsmaschinen unschädlich macht, so doch zu einem gewissen Grade in Rechnung gestellt werden kann“.

Bedingungslos will also das RAG, auch in solchen Fällen dem Arbeitgeber das Betriebsrisiko nicht aufbürden, wenn dabei der Bestand des Betriebes vernichtet oder der Betrieb für längere Zeit lahmgelegt wird, dann soll anscheinend das Risiko zu Lasten der gesamten Arbeitnehmerschaft gehen.

Demokratis.

Wie hoch ist der Geldbedarf?

Angesichts der Kreditkrise dürfte eine Schätzung Beachtung finden, die über die Höhe des deutschen Geldbedarfs vom Kieler Währungstheoretiker Dr. Hans Neißer kürzlich veröffentlicht wurde (Weltwirtschaftliches Archiv, Band 33, Heft 2). Der Geldbedarf umfaßt nicht nur den Bedarf an Banknoten, sondern ebenso auch die täglich fälligen Guthaben bei den Banken und Sparkassen, die jederzeit in Banknoten umgetauscht werden können. Neißer schätzte den Geldbedarf für den Umsatz des deutschen Volkseinkommens für das Jahr 1928 auf 4,7 bis 4,8 Milliarden Mk., d. h. auf einen Betrag, der viel niedriger ist, als allgemein angenommen wird. Das Volkseinkommen betrug im Jahre 1928 69 bis 70 Milliarden Mk. Dieses Volkseinkommen konnte also mit einer um 15mal geringeren Geldsumme umgesetzt werden. Bei Gliederung des Volkseinkommens ergibt sich folgender Geldbedarf: An Arbeiterlöhnen wurden in diesem Jahr schätzungsweise ausgegeben 26 Milliarden Mk. Angesichts des raschen Kreislaufes der Arbeiterlöhne, die im Laufe einer Woche zum überwiegenden Teil ausgegeben werden, bedarf es für den Umsatz der Arbeiterlöhne nur des verhältnismäßig geringen Summe von 500 Millionen Mark. Die monatlich ausgezahlten Angestellten- und Beamtengehälter in Höhe von 18 Milliarden Mark im Jahr beanspruchen einen Geldbedarf von 1,5 Milliarden Mk. Die Renten und Zinsen mit 5,4 Milliarden Mk. benötigen eine Geldsumme von 470 Millionen Mk., die Dividenden in Höhe von 1,5 Milliarden Mk. erfordern, da sie nur einmal im Jahr verteilt werden, einen ebenso hohen Geldbedarf, d. h. 1,5 Milliarden Mk. Für sonstigen Unternehmensgewinn und Kapitalrente in Höhe von 18 Milliarden Mk. wurde ein Geldbedarf von 750 Millionen Mk. festgestellt. Zusammen für den Umsatz des deutschen Volkseinkommens 1928 war ein Geldbedarf von 4,7 bis 4,8 Milliarden Mk. vorhanden. Hinzu kommt noch etwa 1 Milliarde Mk. für die Abwicklung der wirtschaftlichen Umsätze. Diese dürften etwa 100 Milliarden Mk. betragen haben, die etwa dreitäglich umgesetzt werden und deshalb einen Geldbedarf von 1 Milliarde Mk. begründen. Schätzt man noch die Reserven, die bei den Einkommensbeziehern jederzeit unausgenutzt liegen, auf 1½ bis 2 Milliarden Mk., so betrug der gesamte Geldbedarf 1928: 8 bis 8½ Milliarden Mk. Dem standen in diesem Jahr ein Bargeldumlauf von 6,2 Milliarden Mk. und täglich fällige Guthaben in Höhe von mehr als 9 Milliarden, zusammen also 15,2 Milliarden Mk., gegenüber. Da gegenwärtig das Volkseinkommen und die Umsätze der Volkswirtschaft viel niedriger sind als im Jahre 1928, ist auch der volkswirtschaftliche Geldbedarf erheblich geringer als damals.

Wie die DD-Bank die Danat-Bank abwürgte

Die Schließung der Schalter der Danat-Bank war das Zeichen zum Ausbruch einer Kreditpanik, die die schwersten Folgen für die deutsche Wirtschaft heraufbeschwor. Die Rettung der Danat-Bank und damit die Vermeidung jener Panik wäre ein leichtes gewesen, wenn die übrigen Banken sich mit der Danat-Bank solidarisch erklärt und ihr die nötigen Kredite bei weiterem Abzug von Einlagen zur Verfügung gestellt hätten. Die Regierung bemühte sich in dieser Richtung, jedoch ohne Erfolg, und sie hatte nicht den Mut und die Energie, diese Solidarität durch Gründung eines Garantieverbandes, der erst viele Tage später nach Preisgabe der Danat-Bank erfolgte, zu erzwingen. Der bekannte Banksachverständige Alfred Lansburgh schildert in der Zeitschrift „Die Bank“ die dramatischen Vorgänge, die das Schicksal der Danat-Bank infolge Rache und Konkurrenzneid der DD-Bank besiegelten. „Die Solidarität der Banken“ — schreibt Lansburgh — „hat selbst auf dem Höhepunkt der Kreditkrise in der unerhörtesten Weise gefehlt, und nur diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß die Krise sich so verhängnisvoll verschärfte und schließlich zur Katastrophe zugespitzt hat“. Ich berühre hier“, sagt Lansburgh, „eine offene Wunde, deren ganze Bedeutung nur derjenige ermessen kann, der die Vorgänge, die sich am Sonntag, dem 12. Juli, abgespielt haben, in unmittelbarer Nähe miterlebt hat“. Lansburgh schildert dann den Verlauf der Verhandlungen, in deren Folge in letzter Stunde eine der Großbanken, die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, ausbrach, und die Gründung der Bankengemeinschaft vereitelte. „Ein ähnlicher Mangel an Verständnis für die Forderungen des Standesinteresses und der Standeshere hat sich in gleicher Lage wohl niemals zuvor gezeigt“. „Der Stoß, den die DD-Bank gegen ihre größte Konkurrentin geführt hat, muß moralisch um so mehr verurteilt werden, als gerade diese Bank . . . die unbestrittene und einzige Nutznießerin jener Schwierigkeiten ist.“ Von besonderer Bedeutung ist aber die folgende Feststellung Lansburghs: „Man hatte die Danat-Bank geopfert. Man hätte die Entschlüsse von Montagmorgens nur in der vorhergehenden Nacht zu fassen brauchen, und die Bank stand intakt da, der deutsche Bankkredit wäre unerschüttert geblieben.“

Die Volksfürsorge legt einen guten Abschluß vor

Das große aus der Gemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften geschaffene Versicherungsunternehmen die Volksfürsorge legt ihren Abschluß für 1930 vor. Das Jahr 1930 ist als ein Krisenjahr anzusehen, was auch nicht ohne Wirkung auf den Abschluß der Volksfürsorge war. Trotzdem konnten in der Volksversicherung 417 389 Versicherungen neu abgeschlossen werden gegen 574 930 im Vorjahr. In der Lebensversicherung wurden 6500 (6829) Versicherungen neu getätigt. Allerdings war das Storno bei beiden Versicherungsarten wesentlich höher als im Vorjahr. Die Prämieinnahmen betrugen insgesamt 50,43 Millionen Mk. Davon entfallen auf die Volksversicherung 47,2 Mill. Mk. Die Einnahme aus Zinsen und Mieten betrug insgesamt 8,9 Mill. Mk. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen beliefen sich in der Volksversicherung auf 3,16 Millionen Mk. und in der Lebensversicherung auf 357 394 Mk. Der Versicherungsbestand betrug Ende 1930 in der Volksversicherung 2 150 723 Versicherungen mit 815 429 315 Mk. Versicherungssumme, in der Lebensversicherung: 35 964 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 65 364 141 Mk. Der Überschub aus dem Gesamtgeschäft beträgt 13 089 995 Mk. Dieser Überschub wird verwandt mit 10 283 076 Mk. als Gewinnanteil der Versicherten der Volksversicherung. Außerdem erhalten die Versicherten der Volksversicherung, die im Jahre 1923 ihre Versicherung auf die neue Währung umstellten aus Gründen der Billigkeit weitere 10 v. H. ihrer Jahresprämie oder 268 638 Mk. zugewiesen, so daß auf die Volksversicherungsabteilung zusammen 10,9 Millionen Mk. Gewinnanteile entfallen. Den Versicherten der Lebensversicherung werden insgesamt 949 992 Mk. gutgebracht. Der gesetzliche Reservefonds erhält 94 873 Mk. Dem Kriegsreservefonds und den Fonds besonderer Reser-

ven werden 1 308 999 Mk. zugewiesen. Der außerordentlich geringe Betrag von 50 000 Mk. dient der Verzinsung des Aktienkapitals. Man ersieht hieraus, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen den Überschub in erster Linie den Versicherten zugute kommen läßt. Es wurde beschlossen für das Jahr 1931 zum ersten Male die Schreibgebühr von 20 Pf. für jede Prämienkarte fallen zu lassen. Bei dem jetzigen Versicherungsbestand von rund 2,15 Millionen Versicherten bedeutet das für die Gesellschaft einen Einnahmeausfall von 400 000 Mk. jährlich.

Der gute Abschluß der Volksfürsorge ist ein Beweis sparsamer Geschäftsführung. Die ganze Entwicklung der Volksfürsorge zeigt, welch glücklicher Gedanke es war ein eigenes Versicherungsunternehmen für die Arbeiterschaft zu errichten. Eine Unterstützung der Volksfürsorge liegt im Interesse eines jeden einzelnen, weil er dann gegen alle Wechselfälle des Lebens geschützt ist.

Vom Büchertisch

Reise ins asiatische Tuwa. 172 Seiten. Großformat. Halbleinen. Mit 28 Photobildern. Einbandvergoldet und typographische Ausstattung von Jan Tschichold, München. Verlag Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 RM.

Schon Titel und Einband locken. Das geheimnisvolle, unruhige Asien übt ja auf uns eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus.

Dr. Otto München-Helfen wurde 1927 Leiter der Soziologischen Abteilung des Marx-Engels-Institutes in Moskau. Als davon gesprochen wird, eine wirtschaftliche Studienkommission nach dem hermetisch abgeschlossenen Tuwa zu entsenden, bemüht sich München mit aller Energie, daran als Völkerkundler teilzunehmen zu können. Unendliche Schwierigkeiten erheben sich. Schließlich erhält er 1929 doch Genehmigung und Reisepaß. Im Sommer und Herbst 1929 durchforstet er Tuwa und kehrt nach Rußland zurück, um es bald darauf zu verlassen. — Der ursprüngliche Zweck der Forschungsreise waren religionswissenschaftliche Studien. Außerdem wollte München in Tuwa Felszeichnungen aufnehmen. Aber in Tuwa selbst erweiterte sich der Umkreis seiner Beobachtungen. So geht denn auch der Inhalt seines Reisebuches weit darüber hinaus. Er stellt in ihm Tuwa, ein Land von der Größe eines Drittels von Deutschland, von allen Seiten dar. Er gibt eine vollständige Aufnahme des Landes, von Wirtschaft, Gesellschaft, Religion und Geschichte. Den Ausgangspunkt bildet dabei immer, was er auf seiner Reise gesehen und erlebt hat. Der Stil des Werkes ist äußerst lebendig; bei aller Wissenschaftlichkeit vermeidet es geschickte trockene Fachsprache.

Zwanzig Jahre vor München hatte der letzte Europäer, ein spanischer Entdecker Tuwa betreten. Das Land liegt in einem mächtigen Talkessel im Herzen Asiens, zwischen der Wüste Gobi, dem Altaigebirge und den Sajanischen Bergen. Tuwa ist sozusagen eine Rumpelkammer der Menschheitsgeschichte. Es ist wahrscheinlich die Urheimat der Türken und Hunnen. Dort wurde das erste Haustier, das Rentiere gezüchtet, und noch heute sind die Tuwiner in dem an Sibirien angrenzenden Gebiet Rennhörnern und Jäger ohne Ackerbau. Vor den Tuwinern haben andere Völker dort gelebt und Zeugnisse ihres Daseins hinterlassen. Felszeichnungen und riesige Grabrinderhöfe mit den Steinmenschens, deren einer auf dem Einband abgebildet ist. Viele Rätsel sind hier für die Wissenschaft noch zu lösen. Monatlang streifte München zu Pferde durch das Land, lebte in Jurten der Wanderhirschen, besuchte Lamaklöster, studierte den alten Heidenglauben (Schamanismus), erforschte Höhlen und Felszeichnungen usw. Aber neben dem Ältesten steht Neuestes. Denn Tuwa, bis 1912 ein Teil Chinas, dann jahrelang hin- und hergerissen, ist heute eine selbständige Volksrepublik! Tatsächlich ist Tuwa eine Kolonie Sowjetrußlands, und politisch, wirtschaftlich und geistig von ihm abhängig. München betrachtet diese kolonialistische Tätigkeit mit sehr kritischen Augen, ohne dabei das Gute zu verschweigen, das sie den Tuwinern gebracht hat.

München's Reisebericht, dem übrigen viele prächtige photographische Abbildungen beigegeben sind, bietet also nach den verschiedensten Richtungen hin eine Fülle des Interessanten und kann es deshalb nicht dringend genug empfohlen werden.

Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch, Jahrgang 1931. Handbuch der Deutschen Presse. Die wichtigsten deutschen Zeitschriften und politischen Zeitungen Deutschlands und des Auslandes. 57. Ausgabe. Über 900 Seiten. Groß-Oktav. In Ganzleinen gebunden 25 RM.

Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch liegt nunmehr, in einem neuen, gefälligen Gewande, in der 57. Ausgabe vor. Auch diese, über 900 Seiten starke, bietet eine Fülle von Neuem; denn die Veränderungen im Zeitschriften- und Zeitungswesen im Verlaufe eines Jahres sind ungeheuer umfangreich. So muß man staunen über die Mühe und Gewissenhaftigkeit, mit der das anscheinend unübersichtbare Material verarbeitet worden ist, das dieses allangesehene Handbuch der deutschen Presse in vorbildlicher Systematik enthält.

So wird berichtet über: Herausgeber, Redakteur und Verleger mit postmäßiger Adresse, Format, Erscheinungsweise, Bezugspreis, Gründungsjahr, Monat, in dem ein neuer Jahrgang beginnt. Anzeigenpreise und Vermerk, ob Beilagen und Bücherbesprechungen gebracht werden. Auflage, Bezugsweise, bei Zeitungen Kennzeichen der politischen Richtung. Ausgabekategorie bei Wochenschriften und Bezeichnung der Sonderbeilagen bei den Zeitungen.

Für die Zeitschriften erleichtern ein Titel- und ein Schlagwortregister, für die Zeitungen das Orts- und das Titelregister das Auffinden des Gewünschten.

Besonders wichtig ist, daß der „Sperling“ eine genaue Aufstellung der Annoncen-Expeditionen und Zeitungs-korrespondenzen mit genauer Adresse bringt, sowie ein vollständiges Adressverzeichnis der Zeitschriftenverleger.

Der „Sperling“ ist somit zu einem unentbehrlichen Berater für alle geworden, die mit der Presse zu tun haben; denn infolge der Genauigkeit und Zuverlässigkeit seiner Angaben erspart er den Benutzern viel Zeit und unnütze Arbeit und sollte deshalb in keinem fortschrittlichen Betriebe fehlen.

Zinkdruckpasten in la Lithographie-Qualität

la Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 50
Tel. F. 8 Oberbaum 22 89

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist:

Druckpaste „Nürwa“, Trockenmittel „Molloin“, (Gleifrel)

Scharftrockner „Ratiol“.

Seit Jahren bestens bewährt.

KARL A. WAGNER, Chemische Produkte,
Crimmitschau I. Sa., Schieferstraße 4.